



*Michael Kaufmann
Vizedirektor und Programmleiter
EnergieSchweiz
Bundesamt für Energie
CH-3003 Bern*

Die Energiepolitik im Aufwind – neue Rahmenbedingungen für eine Energiewende

Die Energiepolitik im Aufwind – neue Rahmenbedingungen für eine Energiewende

Die Schweiz hat eine grosse Chance: Wenn sie es schafft, den Weg der 2000-Watt-Gesellschaft konsequent zu beschreiten, leistet sie nicht nur einen Beitrag an die Klimapolitik, sondern eröffnet der einheimischen Wirtschaft vor allem neue Perspektiven und Aktionsfelder. Gerade auch im Sektor der Gebäude. Der Bund ist daran, die dazu notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Jahr 2008 wird ein Jahr der Energiewende.

1. Wendepunkte

Im Jahr 2007 haben sich die energie- und klimapolitischen Ereignisse in unserem Land überstürzt:

- Anfang 2007 Nach der Publikation des IPCC-Klimaberichts Ende 2006 wird in der Schweiz die Klimapolitik zu einem Metathema. Folgeberichte über die Lage in der Schweiz (OPCC, BAFU) weisen nach, dass im Alpenraum der Handlungsbedarf ebenfalls gross ist.
- Februar 07 Der Bundesrat beschliesst einen Richtungsentscheid mit vier Säulen der Energiepolitik. Dabei setzt er deutliche Prioritäten im Bereich „Energieeffizienz“ und „Erneuerbare Energie“. Gleichzeitig will er die Verfahren für Kraftwerksbauten (GuD, AKW) beschleunigen sowie die Schweizer Energie-Aussenpolitik verstärken.
- März 07 Das Parlament beschliesst die Gesetzesvorlagen für den Strommarkt (inkl. Energiegesetz): Die flankierenden Massnahmen für Versorgungssicherheit und Zubau von erneuerbaren Energien sind damit gesetzt.
- März 07 Das Parlament beschliesst die stufenweise Einführung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und gleichzeitig rigorose Kompensationsbestimmungen für grosse GuD-Kraftwerke.
- März 07 Der Nationalrat beschliesst in einer Monster-Energiedebatte über mehr als 70 parlamentarische Vorstösse. Wesentliche davon – auch im Gebäudesektor – werden überwiesen.
- Juni 07 Der Ständerat übernimmt einen Teil der Vorstösse des Nationalrates (insbesondere im Sektor der Energieeffizienz Geräte).
- August 07 Das UVEK publiziert den Schweizer Klimabericht des BAFU und stellt neue Klimaziele zur Debatte (-1,5% Emissionen jährlich).
- September 07 Das UVEK publiziert die Entwürfe von Aktionsplänen „Energieeffizienz“ und „Erneuerbare Energie“. Darunter der Vorschlag für ein nationales Gebäudesanierungsprogramm, eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen und eine „Best Practice-Strategie“ für Gebäude, Fahrzeuge und Geräte.
- Ende 07 / Der Bundesrat hat über klimapolitische Ziele und die Massnahmen der Anfang 2008 Aktionspläne Richtungsentscheide zu fällen.

2. Erkenntnisse

Drei wichtige Erkenntnisse liegen diesen politischen Weichenstellungen zu Grunde:

1. Die Technologien für die 2000-Watt-Gesellschaft stehen bereit:

Effiziente Gebäude, z.B. im MINERGIE- oder MINERGIE-P-Standard, können heute gebaut werden. MINERGIE ist angesichts der hohen Ölpreise schon fast wirtschaftlich. Effiziente Geräte und Elektromotoren verbrauchen heute noch halb so viel Energie wie vor wenigen Jahren.

Effiziente Motorfahrzeuge mit weniger Gewicht und Hybridantrieben brauchen heute noch 3-4 Liter Treibstoff auf 100 km - anstatt 7-8 Liter.

2. Die erneuerbaren Energien haben beachtliche Potenziale, welche es jetzt zu nutzen gibt:

Mit Ausnahme der Wasserkraft – welche auch noch Steigerungspotenzial hat – stehen wir bezüglich erneuerbaren Energien immer noch ganz am Anfang. Die Potenziale – vor allem für Biomasse, Geo- und Sonnenenergie – sind jedoch in unserem Land bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die Modellrechnungen der Energieperspektiven zeigen auf, dass innert 20 Jahren die Hälfte unserer Heiz- und Warmwasserbedürfnisse aus Erneuerbaren gedeckt werden können, bei der Elektrizität sollen gut 70% (statt heute 60%) aus Erneuerbaren gedeckt sein.

3. Freiwillige Massnahmen allein reichen nicht aus:

Zur Ausschöpfung der Effizienz- und Erneuerbar-Potenziale reichen rein freiwillige Massnahmen nicht aus. Die Zielvereinbarungsmechanismen im CO₂-Bereich sowie das Programm EnergieSchweiz weisen zwar beachtliche Erfolge aus, die bis 2010, bzw. 2012 gesteckten klima- und energiepolitischen Ziele werden so aber sicher nicht erreicht. Der Markt allein kann es jedoch auch nicht richten, da trotz massiv gestiegenen Ölpreisen die Zusatzinvestitionen in neueste Technologien immer noch nicht wirtschaftlich sind: Das zeigt sich insbesondere auch hinsichtlich der Sanierung von Gebäuden. Wenn auch einzelne Komponenten der Gebäudehülle heute durchaus wirtschaftlich sein können, trifft dies bei einer Gesamtsanierung inklusive Haustechnik sicher noch nicht zu. Das Ziel der Sanierungspolitik im Gebäudesektor ist das Niveau MINERGIE. Dieses kann ohne Impulse, Anreize und Fördermassnahmen nicht erreicht werden. Deshalb müssen weitere Massnahmen und Fördermechanismen zugeschaltet werden und zwar so, dass die Innovation gefördert, die Wirtschaft nicht behindert und die Schweiz international gestärkt wird.

3. Massnahmenmix

Wir brauchen deshalb jetzt einen intelligenten und zielgerechten Mix von Massnahmen, um die Schweiz auf dem Weg in die 2000-Watt-Gesellschaft zu unterstützen. In den Aktionsplänen, welche im Entwurf im September 2007 zur Diskussion gestellt wurden und jetzt für Entschiede des Bundesrates vorbereitet werden, werden vier Massnahmen-Ebenen angesprochen:

1. Normen und Minimalstandards bei Gebäuden, Fahrzeugen und Geräten auf der Basis der „Best Practice“: Die Wirtschaft soll ehrgeizige Vorgaben erhalten und sich durch Übergangsfristen und Kontinuität gut darauf vorbereiten können.
2. Fördermassnahmen dort, wo der Markt allein den Umschwung nicht bringt. Das vorgeschlagenen 200-Millionen-Gebäudesanierungsprogramm, finanziert aus zweckgebundenen Mitteln der CO₂-Abgabe ist eine der Hauptsäulen der Aktionspläne und aus Sicht der Gebäudepolitik eine zentrale Forderung.
3. Anreize dort, wo der Schritt in den Markt nur noch ein kleiner ist: Zum Beispiel durch Bonus-Malus bei Fahrzeugen, durch transparente Deklarationen (EnergieEtiketten für Fahrzeuge, Geräte, Gebäude), Steuerabzüge für energieeffiziente Sanierungen etc.
4. Lenkungsabgaben dort, wo das Preisargument eine deutliche Lenkungswirkung bringt, also bei Brennstoffen und bei Treibstoffen. Der Bundesrat und das Parlament haben die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen akzeptiert. Gemäss der CO₂-Gesetzgebung und aufgrund der Tatsache, dass wir insbesondere bei den Treibstoffen ein Problem haben (10 Steigerung der Emissionen seit 1990, statt 8% gemäss Zielpfad) müsste der Bundesrat hier eigentlich Konsequenzen ziehen. Das UVEK und Bundesrat Moritz Leuenberger jedenfalls verlangen die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen. Und „post Kyoto“ sogar eine umfassende CO₂-Abgabe auf allen Klimagasen, inklusive des Methans!

4. Energiepolitik = Wirtschaftspolitik

Die Politik soll Rahmenbedingungen schaffen. Rahmenbedingungen, damit die Wirtschaft, welche auf Innovation und Fortschritt setzt, sich entfalten kann. Heute sind viele Schweizer Unternehmen auf Nachhaltigkeitskurs. Sie wollen hohe Ziele und Verlässlichkeit. Wenn sie dies haben, können sie selber am Markt bestehen und vor allem auch international ihre Stärken ausspielen. Zudem haben unsere Regionen grosse Chancen im Bereich der erneuerbaren Energien.

Energiepolitik, wie wir sie verstehen, ist konkret. Im Gebäudesektor haben wir eine Praxis entwickelt und viele sehr gute Projekte miteinander lanciert. MINERGIE ist ein Markenbegriff geworden, den in der Schweiz die meisten kennen.

Jetzt muss das alles zum Allgemeingut werden. Zu dem, was uns vorantreibt.